

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

21.11.1924 (No. 273)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher Zeitung,  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postcheckkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K u n d  
Karlsruhe

Wegpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen und direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt (Ereignis, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwünschte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### Wirtschaftliche Umschau

Der gestrige 20. November war ein bedeutungsvoller Gedenktag an Ereignisse, welche die Finanzgeschichte aller Zeiten verzeichnen wird. Ein Jahr haben wir nun stabile Währung. Am 20. November 1923 wurde, nachdem die Rentenmark als Übergangswährung eingeführt und die Rentenpresse stillgelegt war, die Papiermark auf 4 210 500 000 000, also auf 4,21 Billionen für den amerikanischen Dollar stabilisiert.

Was wir die Wochen und die Monate vorher erlebt hatten, war tatsächlich auf dem Gebiete der Währung noch nicht dagewesen. Die Mark war derart sprunghaft gefallen, daß der Dollar nicht täglich, sondern stündlich stieg und höher notiert wurde und im Rheinland schließlich den vierfachen höheren Stand als in Berlin zu verzeichnen hatte. Das deutsche Geld war tatsächlich kein Wertmesser mehr und jedem wurde dies immer furchtbarer Bewußtsein. In überstürzter Weise hatten die Vorarbeiten zur Währungsfinanzierung durchgeführt werden müssen, während die Rentenpresse vergeblich versuchte, die immer rapider Geldentwertung einzuholen. Es kamen die kleinen Goldanleihestücke, das Goldanleihenotengeld und dann die zunächst viel umstrittene Rentenmark, die auch nach ihrer Einführung aus allerhand dunkeln Winkeln her noch verdächtigt wurde. Die Hauptsache war die energische und zielbewusste Finanz- und Währungspolitik der Reichsregierung und des damaligen Reichswährungskommissars und jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die schließlich am 20. November 1923 die Stabilisierung der Reichsmark auf eine Billion Papiermark brachte. Dann kam das weitere schwere Ringen um die Erhaltung des Gewonnenen, das zunächst die Regelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, die Stabilisierung der außenpolitischen Lage und des deutschen Kredits und Ansehens im Ausland verlangte. Daß vieles erreicht worden ist, an was wir damals kaum zu glauben wagten, wissen wir heute, ebenso freilich, daß wir heute noch nicht die Hände beruhigt in den Schoß legen dürfen.

In diesen Tagen, nach rund einem Jahr, sind wir zur Goldwährung übergegangen und die ersten neuen Goldmarknoten, welche die Rentenmark und Papiermark ersetzen werden, kommen in Verkehr. Wir erhalten nun wieder goldgedecktes, als international anerkannte Währung dienendes Geld und die Reichsbank verfügt bereits über derartige Deckungsmittel in Noten und Devisen, daß sie mehr als imstande ist, den gegenwärtigen Geldumlauf an Reichsbanknoten noch zu einer höheren als der im Frieden angenommenen Drittelsdeckung zu decken.

Daß der Preisabbau in der letzten Zeit merkbare Fortschritte gemacht hätte, läßt sich nicht behaupten, wenn auch ein Halt in der Aufwärtsbewegung gegenwärtig zu konstatieren ist. Andererseits sind aber auch Preiserhöhungen zu verzeichnen, wie bei Kohleisen, die freilich schon dadurch wettgemacht werden, daß infolge der Absatzstörung im Kohlenbergbau große Kohlenmengen auf den Halben lagern. Die letzten Wüldierungen der Reichssteuern, denen ja nun auch Baden mit Landessteuern (Senkung der Grund- u. Gewerbesteuer) folgen will, werden von den großen Wirtschaftsverbänden als unzureichend bezeichnet und vor allem eine baldige Reform der Verbrauchssteuern, wie der die Kapitalbildung sehr erschwerenden Kapitalverkehrssteuern gefordert. Daneben wird auch größere Sparfameit in den Kommunen verlangt. Es ist klar, daß den Lohn- und Gehaltsempfängern am besten durch Senkung der Preise geholfen werden kann, hier haben vor allem die künftige Kreditpolitik der Reichsbank, unsere Zoll- und Ein- und Ausfuhrregelung wirksame Handhaben.

Der Tatsache, daß die meisten Volksgenossen heute nur für den notwendigen Lebensunterhalt arbeiten und viele überhaupt darben, werden wir nur durch Rückwärtsdrehung der Preissschraube begegnen können. Dies ist tatsächlich das Problem unserer Lage. Lohnerhöhungen allein, ohne Mehrleistungen nützen nichts und werden, wie wir dieser Tage wieder an der Entwicklung der Dinge in Österreich sehen, schnell durch Preiserhöhungen nutzlos gemacht. Bereits sind dort die Tarife der Bahn und Post wieder hinaufgesetzt, und die Nachfolgerin der durch den Beamtenstreik gestifteten Regierung Seipel, weiß noch nicht, wie sie den Etat balan-

zieren und die weitere Stabilität der Währung erhalten soll. Sie wird möglicherweise zu neuen Abbaumassnahmen kommen müssen, obere — gelingt es ihr nicht ihre Autorität anders als ihre Vorgängerin durchzusetzen — deren Schicksal teilen.

Nachdem als vorläufig letzter Termin für die Vorlage der Goldbilanzen der 30. Nov. festgelegt ist, wird in absehbarer Zeit eine weitere Konsequenz der Währungsreform zur Durchführung gelangt sein. Vor allem in der Bewertung der Aktien werden damit feste Maßstäbe wieder vorhanden sein, und dies wird sich auch auf die anderen, die festverzinslichen Papiere auswirken. Den ungefähren Wert der Aktien in Gold haben wir ja schon langsam seit der Währungsstabilisierung seit einem Jahr kennengelernt. Das Publikum, das in der Inflationszeit Wertpapiere mit Sachwerten verwechselt hatte, erlebt deshalb bei den guten Papieren jetzt kaum üble Überraschungen mehr, die in der Hauptache ja bereits am Ende des letzten Jahres mit dem großen Kurssturz am deutschen Aktienmarkt eingetreten waren. Jetzt erhalten wir aber Klarheit über die Substanzverluste und die Periode der Unrentabilität und Dividendenlosigkeit der Aktien wird abgeschlossen. Es wird damit wesentlich zur Befundung der Spekulation an der Börse beigetragen, da jetzt wieder zuverlässige Unterlagen für die Aktienbewertung vorliegen und die Börse wieder den Maßstab der Dividenden an die Aktienkurse legen kann. Die neuerliche Belebung und teilweise Befestigung der Kurse an den Börsen sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Freilich werden noch weitere Opfer zu verzeichnen sein und manche Inflationspapiere werden wieder von den Börsen verschwinden. Durch die Goldbilanzen bringen jetzt die Aktiengesellschaften ihr Papiermarkkapital mit dem inneren Wert des Unternehmens in Einlang und legen sich und der Öffentlichkeit Rechnung über ihre wirkliche Lage ab, wenn vielfach auch noch auf den Börsen, besonders ausländischen Geldgebern gegenüber, verhußt wird, bestimmte Eindrücke zu erwecken. Je schärfer nämlich zusammengelegt wird, ein desto günstigeres Verhältnis gibt sich natürlich zwischen den industriellen Anlagen einerseits und dem neuangeworbenen Gesellschaftskapital andererseits und desto leichter sind Geldgeber zu finden. Freilich hat dies darin eine Grenze, daß bei allzu großer Zusammenlegung die Gesellschaften sich insofern selbst enteignen, als sie dadurch ihre stillen Reserven ohne besonderes Entgelt mit ausländischen Geldgebern teilen würden. Nach außen tritt die Neubewertung der Papiere fast ausschließlich als „Zusammenlegung“ auf, denn der Fälle sind bisher nicht gerade viele, wo der Maßstab 1 : 1 angelegt werden konnte, also keine Kapitalzusammenlegung zu erfahren brauchte. Wenn wir die besonders wichtigen Verhältnisse bei den Banken betrachten, so steht die Reichsbank sehr günstig da, da sie ihre Anteilsscheine mit 2 : 1 zusammenlegte. Von den privaten Großbanken gibt die Darmstädter- und Nationalbank eine Kapitalumstellung von 10 : 1, die Dresdener Bank eine solche von 12 1/2 : 1 bekannt. Beide Banken haben große offene Reserverstellungen vorgenommen, die natürlich den Dividenden und Kursen zugute kommen müssen.

Die Periode der Handelsvertragsverhandlungen, in der wir gegenwärtig stehen, hängt mit dem Datum des 10. Januar 1925 aufs Engste zusammen, da Deutschland bekanntlich an diesem Tage von dem ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Zwang der einseitigen Meistbegünstigung befreit werden soll. Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz, die allerdings erst am 30. September 1925, also in fast 1 Jahre, den völligen Abbau der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen bringen sollen, sind abgeschlossen und treten mit der Ratifizierung durch die beiderseitigen gesetzgebenden Faktoren in Kraft, wie auch, der namentlich von den deutschen Weinbauern scharf bekämpfte Handelsvertrag mit Spanien. Im Gange sind Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, England, Belgien, begonnen habe solche mit Rußland, und mit Polen und Italien stehen noch Handelsvertragsverhandlungen bevor. Ähnlich wie bei dem Vertrag mit Spanien wird auch die Frage der Einfuhr französischer Weine Schwierigkeiten machen. Erfreulich ist es, daß als deutscher Sachverständiger Direktor Dr. Müller von der badischen Landwirtschaftskammer zu den Verhandlungen zugezogen ist.

Schwer umkämpft ist der künftige deutsche Zolltarif, der ja die Grundlage und Rüstung unserer Handelspolitik bilden soll und nach dessen Festlegung erst endgültige Handelsverträge zustandekommen können. Den Forderungen „Schutz Zoll“ oder „Freihandel“ gegenüber ist seit längerem die Kompromißformel „Mäßiger Zollschutz“ aufgestellt. Dabei handelt es sich natürlich nicht nur um die Produkte der Landwirtschaft, sondern ebenso um die der Industrie, und äußerst schwierig wird es sein, bei Wahrung der Interessen der Allgemeinheit in den grundverschieden gelagerten Einzelfällen das Richtige zu finden. Es handelt sich dabei auch um die Aufhebung verschiedener Einfuhrverbote, als deren Ersatz jetzt, wo die vor allem unter der Kapitalverwertung leidende deutsche Industrie ganz konkurrenzunfähig bleiben müßte, ein Antidumpinggesetz nach englischem Muster vorgeschlagen wird, das auch geeignet wäre, einen Zollschutz bis zu einem gewissen Grade zu ersetzen. Nach dem, was man bisher hört, scheint der Kompromiß des mäßigen Zollschutzes im allgemeinen durchgedrungen zu sein und auch in der Landwirtschaft nicht mehr solches Gewicht wie früher auf Hochschutzzölle gelegt zu werden.

Bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich — und auch bei denen mit England — wird die Frage der 26 prozentigen Reparationsabgabe, die von diesen Ländern auf die deutsche Einfuhr erhoben wird, zu einem für das Zustandekommen von Handelsverträgen sehr erschwerenden Moment. Nach den Erklärungen des Generalagenten für Reparationszahlungen gehört diese Abgabe in den Rahmen der von ihm zu kontrollierenden deutschen Zahlungen, muß also doch aus dem allgemeinen Reparationsfonds vergütet werden, so daß praktisch England und Frankreich dadurch keine neuen Mittel erhalten können, während die deutsche Ausfuhr andererseits dadurch außerordentlich erschwert wird. Die deutschen Unterhändler versuchen gegenwärtig die Aufhebung der Abgabe zu erwirken, finden aber, wenigstens in der englischen und französischen Presse entschieden Ablehnung. Es steht noch eine Entscheidung des Transferkomitees in Aussicht, das bekanntlich die Kontrolle der gesamten deutschen Zahlungen, um die Stabilität der deutschen Währung sicherzustellen, unter sich hat. Das Schreiben des Generalagenten wird nämlich auch so ausgelegt, daß sich das Transferkomitee das Recht vorbehalten kann, die Rückvergütung der Abgabe auf die deutsche Regierung abzuwälzen, was zwar ein verdeckter Protest gegen die Abgabe darstellt, Deutschland aber naturgemäß nicht weiterhilft und ein gefährliches Moment der Unsicherheit für den deutschen Außenhandel und die deutschen Finanzen schafft.

### Die Beamtengehälter

Über die am Donnerstag stattgefundenen Besoldungsverhandlungen im Reichsfinanzministerium zu Berlin wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

„Gemäß der Zusage der Reichsregierung, eine maßvolle Erhöhung der Beamtengehälter zur weiteren Ausgleichung an die Friedensgehälter einzutreten zu lassen, fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Beamten Spitzenorganisationen statt. Von der Reichsregierung wurden folgende Erhöhungen als das äußerste bezeichnet, was unter den heutigen Verhältnissen vertretbar werden könne: Erhöhung der Grundgehälter in Besoldungsgruppe 1 bis 6 um 12 1/2 Prozent, Besoldungsgruppen 7 und höher mit 10 Prozent. Da der Wohnungsgeldzuschuß nicht erhöht wird, bleibt die Erhöhung der Gesamtbezüge hinter 12 1/2 und 10 Prozent zurück. Die Kinder- und Frauengeldzuschläge werden je um 2 Mark monatlich erhöht. Die Bezüge der Angestellten, Parteiführer- und Ruhestandsbeamten, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden im gleichen Maße erhöht wie die der aktiven Beamten.“

Aus der offiziellen Mitteilung scheint hervorzugehen, daß die Beamtenorganisationen dem Angebot der Regierung nicht zugestimmt haben. Die Reichsfinanzverwaltung wird gleichwohl die Besoldungserhöhungen in dem mitgeteilten Ausmaß in Kraft setzen.

Am 18. November fand im Statistischen Reichsamte eine Besprechung der Indexkommission über die Berechnung des Lebenshaltungsindezes statt. Es wurde erwogen, den Lebenshaltungsindezes, der bisher die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung umfaßt, zu erweitern oder zu ergänzen. Die Reallohnangaben werden bis zum Abschluß der Verhandlungen ausgesetzt.

Der bayerische Landtag wird Ende dieser Woche seine Arbeiten einstellen und vor dem 7. Dezember keine Ausschluß- oder Plenarsitzung mehr abhalten. Sofort nach den Reichstagswahlen soll dann die Beratung über das Konföderat beginnen, zu welchem Zweck bereits zum 7. Dezember der Verfassungsausschuß einberufen ist.

## General v. Nathusius zu einem Jahr Gefängnis verurteilt

Das Kriegsgericht in Lille hat den General Nathusius am Donnerstag wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

In einer Drahtmeldung der „Frankf. Ztg.“ aus Lille wird dazu u. a. ausgeführt: Der ergangene Spruch ist ein Tendenzurteil schlimmster Art. Von der Anklage, die gegen den General auf Grund einer Denunziation erhoben worden war, ist in der Verhandlung nichts übrig geblieben. Die Belastungszeugen sind ohne Ausnahme geradezu kläglich zusammengebrochen: von ihrer Aussage blieb nur übrig, daß eine Reihe von Gegenständen im Laufe der Besetzung aus der Villa, die der General Nathusius bewohnt hatte, verschwunden sind, aber nicht ein Zeuge konnte auf seinen Eid nehmen, daß General Nathusius sie fortgeschafft habe. Eine bereits im Jahre 1919 in der Wohnung des Generals auf Antrag der französischen Gerichtsbehörde durch die amerikanische Polizei durchgeführte Hausdurchsuchung hat auch nicht einen der Gegenstände, deren Diebstahl Herrn Nathusius zur Last gelegt werden, zu Tage zu fördern vermocht und ein Angestellter des angeblich Bestohlenen, welcher der Hausdurchsuchung beigewohnt hatte, hat damals selbst zu Protokoll gegeben, daß der gegen den General erhobene Verdacht nunmehr unbegründet erscheine. Das über diese Hausdurchsuchung von der amerikanischen Polizei aufgenommene Protokoll, das dem Vertreter des Anklägers ausgehändigt worden ist, ist von diesem beiseite geschafft worden. Das Gericht ist auch darüber zur Tagesordnung übergegangen und hat, obwohl dafür auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden konnte, mit dem Vertreter der Anklage angenommen, daß General Nathusius die gestohlenen Sachen bereits vor der Hausdurchsuchung in das gestohlene Gebiet habe schaffen lassen. Drei Zeugen haben zugunsten des Generals ausgesagt, drei Bürger aus Lothringen, die den General seit Jahren kannten und die einmütig versicherten, daß sie ihn keiner mehrschaffenden Handlung, geschweige denn eines Diebstahls, für fähig hielten. Der eine von ihnen, ein Bankier, der der Ehrenhaftigkeit des Generals ein glänzendes Zeugnis ausstellte, wurde wegen seiner Erklärung, daß, wenn alle deutschen Offiziere in Lothringen von der Art des Generals Nathusius gewesen wären, der Welt die Katastrophe des Jahres 1914 erspart geblieben wäre, aus dem Publikum beschimpft, ohne daß der Gerichtshof es für nötig hielt, zu seinem Schutze einzugreifen. Der andere, ein Kaufmann, der als Soldat in der Eskadron Nathusius' gedient hatte, sagte aus, daß dieser stets von besonderem Wohlwollen für die Elend-Lothringer gewesen sei und der dritte Zeuge, der Pfarrer von Thionville, wo Nathusius mehrere Jahre in Garnison gestanden hatte, gab zu Protokoll, daß dieser sich dort noch heute wegen seiner Gerechtigkeit und der Lauterkeit seiner Gesinnung der größten Achtung der gesamten Bürgerschaft erfreue und daß man dort in den weitesten Kreisen der Auffassung sei, daß Nathusius die ihm zur Last gelegten Diebstahle unmöglich begangen haben könne.

Auf einen Teil der Richter wenigstens scheint der klägliche Zusammenbruch der Belastungszeugen schon vor den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen aus Lothringen über die Ehrenhaftigkeit des Generals nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Aber schuldig oder nichtschuldig, General Nathusius mußte nach ihrer Auffassung im Interesse der französischen Militärjustiz verurteilt werden. Und da die Anklage, die dem erstinstanzlichen Urteil zugrunde gelegen war, nach dem ganzen Verlauf der heutigen Verhandlung nicht aufrecht erhalten werden konnte, so half man sich mit einem jämmerlichen Mittel der Prozedur: Man teilte für die juristische Fragestellung die „gestohlenen Gegenstände“ in drei Gruppen und verneinte mit 4 gegen 3 Stimmen die Schuldfrage für die Garbentroststoffe, den Kinderwagen und die Bücher. Dagegen wurde General Nathusius für schuldig befunden, ein Taselwerk sowie verschiedene Küchengeräte gestohlen zu haben, Gegenstände, von denen er selbst zu Beginn der Verhandlung erklärt hatte, daß sie von der Kommandantur für das Kasino seines Stabes regelmäßig requiriert worden seien.

Gegen dieses Urteil, das eine himmelschreiende Ungerechtigkeit darstellt, wird von dem Angeklagten Berufung eingelegt werden.

Die französische Militärmission in der Tschekoslowakei. Der Generalinspektor der Tschekoslowakischen Armee, Wlachar, ist seines Amtes enthoben worden. Die Ursache dieses Rücktritts sind Meinungsverschiedenheiten mit dem Generalstabschef, dem französischen General Mittelhauser. Wie es heißt, ging Wlachars Bestreben dahin, den Einfluß der französischen Militärmission einzuschränken, das tschechoslowakische Offizierskorps im Generalstab und in der Administration zu stärken und der Abhängigkeit der Tschekoslowakei von Frankreich auf dem Gebiete der militärischen Lieferungen, besonders im Flugwesen, ein Ziel zu setzen.

### S. R. III im farbigen Licht

Die Badischen Lichtspiele bringen in nur zweimaliger Vorführung am Samstag abend und Sonntag nachmittags einen Vortrag von außerordentlichem Interesse. Es sind Lichtbilder von der Entstehung des L. Z. 128 und seiner Probefahrt über Deutschland. Einen Teil der technischen Bilder hat die Geophot, d. i. die Gesellschaft für angewandte Photographie in Freiburg hergestellt. Fast die Hälfte der Aufnahmen sind Naturfarbenaufnahmen, welche mit einem ganz neuen von Herrn Leiber, dem technischen Leiter der Gesellschaft erfundenen Apparat aufgenommen sind und bisher unerreichte Ergebnisse darstellen. Schon 1910 hatte Herr Leiber an der deutschen arktischen Luftschiffstudienreise nach Spitzbergen unter der persönlichen Leitung des Grafen Zeppelin teilgenommen und dort schon Versuche mit Farbenphotographie vom Luftschiff aus gemacht. Diese alten Beziehungen zum Luftschiffbau Zeppelin haben dazu geführt, daß die Geophot die Erlaubnis erhielt, auch während der großen Deutschlandfahrt des L. Z. 128 Aufnahmen zu machen. Diese fanden durch die absolute Naturtreue der Farben eine uneingeschränkte Anerkennung, so daß Herr Leiber eingeladen wurde, während der letzten Probefahrt des L. Z. 128 am 9. Oktober weitere Aufnahmen zu machen. Auch diese fielen so hervorragend gut aus, daß man sich entschloß, die Kamera auch auf den Amerikaflug mitzunehmen. Das Ergebnis von dieser Überseereise befindet sich soeben in Bearbeitung und wird in aller Kürze vorführbar sein. Die Urteile der Sachverständigen sind gerade über diese farbigen Photographien außerordentlich anerkennend. Der Reichtum der Farben spielt von den leuchtendsten und vollsten Tönen des Vordergrundes bis zum hauchartigen Blau des unendlichen Horizontes hinüber. Zum ersten Male vielleicht wird das künstlerische Empfinden durch die Farbenphotographie reiflos befriedigt. Für das Gelingen einer Naturfarbenaufnahme aus der Luft bildete bisher die Erschütterung des Flugzeuges und der schnelle Orts-

## Politische Neuigkeiten

### Außenminister Stresemann in der Pfalz

Die „Bad. Presse“ meldet aus Neustadt a. S.: Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing Donnerstag nachmittags im Rathaus den Besuch des französischen Bezirksdelegierten für Neustadt, Delalande, der sich bei ihm angesetzt hatte, um ihn gelegentlich seiner Anwesenheit in Neustadt als Vertreter der deutschen Regierung zu begrüßen. Dr. Stresemann erwiderte auf die Begrüßungsworte und sprach die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen den Besatzungsbehörden und der Regierung stets korrekt sein möchten.

Der Außenminister hielt auf einer von Tausenden besuchten Versammlung eine Rede über die innere und äußere Politik, die jedoch nicht parteipolitisch abgestimmt war.

Berlin, 21. Nov. Nach Wittermeldungen aus Neustadt a. S. habe Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf der Fahrt von Ludwigshafen nach Neustadt a. S. einen Automobilunfall erlitten. Einer der Kraftwagen, die das Automobil des Reichsaußenministers begleiteten, sei auf das Automobil Stresemanns aufgefahren. Der Außenminister sei unverletzt geblieben, habe jedoch einen leichten Verwundung erlitten. Er habe sich nach einiger Zeit jedoch wieder so erholt, daß er die angekündigte Rede in Neustadt a. S. halten konnte.

### Im bayerischen Landtag

erhöbe bei der Aussprache über den Etat des Äußeren der Abg. Stäbeler (Bav. Bauern- und Mittelstandsbund) gegen die Beschimpfung der Regierung scharfsten Protest und trat für die Aufrechterhaltung der innerdeutschen Gefandtschaften ein. Er verlangte ferner hinsichtlich der Königsfrage eine Volksabstimmung. Seine Partei lehne jeden Separatismus ab, verlange aber eine Änderung der Weimarer Verfassung im Sinne der Rückkehr zum föderalistischen Aufbau des Reiches. Der kommunistische Redner Schläpfer lehnte den Etat ab und erklärte, die Kommunisten würden ein Mißtrauensvotum einbringen und die sofortige Auflösung des Landtages beantragen.

Der pfälzische Abgeordnete Dillinger (Freie Vereinigung) wandte sich gegen die auf dem letzten Würzburger Parteitag der Bayerischen Volkspartei gefallenen Äußerungen, daß die Pfalz nicht nur von den Franzosen, sondern auch von gewissen Parteien gefährdet sei, wobei besonders auf das pfälzische Zentrum hingewiesen wird. Diese Äußerung sei als eine ungebührliche Verleumdung des pfälzischen Zentrums anzusehen.

Außerhalb der Tagesordnung gab Abg. Wohlmutz (Bav. Vpl.) namens der Koalitionsparteien eine Erklärung ab, worin die Stenographen vom Mittwoch, die das Parlament auf die niedrige Stufe der politischen Verwilderung herabgedrückt hätten, aufs schärfste verurteilt werden. Präsident Königsbauer stellte noch fest, daß weder die Fraktion des bayerischen Blocks noch der Abgeordnete Straßer ein Wort des Bedauerns für die erbliche Ungezogenheit gefunden haben. Weiter teilte der Präsident mit, daß von der kommunistischen Partei ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten eingelaufen sei, das er nicht zur Abstimmung bringen lasse, da es beleidigenden Inhalt habe und nicht von der vorgeschriebenen Anzahl von 30 Abgeordneten unterschrieben sei.

Am Schluß der Sitzung ergriß Ministerpräsident Döls das Wort zu längeren Ausführungen, worin er u. a. erklärte, daß er stets deutsche und bayerische Politik gemacht habe, was er auch für seine Kollegen in der Regierung in Anspruch nehme. Das Außenministerium müsse schon aus Gründen der Hochachtung der nationalen Eigenart Bayerns aufrechterhalten werden. Auch das Reich könne Besseres tun, als in allen Fragen der Außenpolitik auf die Meinungen der einzelnen Länder Rücksicht zu nehmen. — Zur Kriegsschuldfrage erklärte der Ministerpräsident, sie sei zuerst von der bayerischen Regierung in der bayerischen Volksvertretung aufgeführt worden. Den Völkerverbündungen verwerfe er an sich nicht; aber er würde es heute geradezu für ein Verhängnis für das deutsche Volk halten, wenn Deutschland in den Völkerverbund hineinträte. Zum Schluß seiner Staatsrede betonte der Ministerpräsident: Wir wollen nicht eine feindliche Politik treiben, sondern eine wahre gesamtdeutsche Politik, die den einzelnen Ländern ihre Freiheit läßt, ohne daß dadurch das Reich gefährdet wird.

### Die neue österreichische Regierung

Der österreichische Nationalrat wählte am Donnerstag die neue Regierung in namentlicher Abstimmung mit 91 gegen 60 Stimmen der Sozialdemokraten. Die Regierung setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Bundeskanzler Dr. Kamek, Finanzminister (Großdeutsch), soziale Verwaltung Dr. Neis, Finanzen Dr. Abner, Äußeres Dr. Matzka. Dazu kommen die bisherigen Minister Schneider, Buchinger und Schürff (Großdeutsch), sowie Raugoin, die ihre Ressorts beibehalten. — Die neue Regierung steht also auf sieben

wechsel ein Hindernis. Durch die von Herrn Leiber konstruierte Kamera sind die Schwierigkeiten überwunden. Der Seimatunde sind ganz neue Wege eröffnet. Der Wissenschaft neue Mittel geschaffen. Bildarten von unübertrefflicher Anschaulichkeit sind entstanden, die Kulturlandschaft kann kaum besser dargestellt werden, als in diesen Aufnahmen aus dem Luftschiff, welche Wald, Wiesen und Auen, Ackerland und Siedlungen in ihrer Verteilung und ihren Formen im richtigen Kolorit wiedergeben. So ist die Siegesfahrt des L. Z. 128 in doppelter Hinsicht ein Triumph deutscher Technik geworden. In Wort und Bild des Lichtbildvortrages erleben wir die Vorbereitungsfahrten mit. Die nächste Reihe wird uns dann über den Ozean, die Ägoren übersiegend, nach Amerika führen und den Empfang dort uns zeigen.

Bad. Konservatorium für Musik Karlsruhe. Im Interesse allseitigen Ausbaues der Anstalt hat Direktor Franz Philipp auch eine Erweiterung der Bläserklassen eingeführt, die sich auf den Unterricht in Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott, Horn und Trompete erstreckt. Als Lehrer für diese Fächer wurden die ersten Kräfte des Landes-theaterorchesters gewonnen. Die vorhandenen Übungsinstrumente werden den Schülern zur Verfügung gestellt. Wintersemester, jedoch begabte Schüler können Schulgeldermäßigung, in besonderen Fällen Freistellen erhalten. Die Unterrichtsarbeiten beginnen Anfang Dezember. Ferner sei auf die Neueinführung des Seminarunterrichts für Orgelschüler hingewiesen, der die Technik des Orgelspiels, den Orgelbau und die Kunst des Registrierens behandelt; er wird von Herrn Direktor Franz Philipp erteilt und beginnt am Mittwoch, dem 3. Dezember. Anmeldungen sind an das Sekretariat, Sofienstraße 43, zu richten.

Vom Badischen Landes-theater. Der Verwaltungsrat des Badischen Landes-theaters hat den Vertrag mit dem bisherigen Intendanten Wolfner auf ein weiteres Jahr verlängert.

Christlichsozialen und zwei Großdeutschen. Bei Verlesung des Namens des Heeresministers Raugoin erörten auf den Bänken der Sozialdemokraten minutenlange stürmische Auseinandersetzungen. Die Sitzung wurde zur Angeldung der neuen Winterruhe auf nachmittags verlegt.

In der Nachmittags-sitzung hielt Bundeskanzler Kamek seine Programmrede, in welcher er u. a. feststellte: Die Regierung werde ihre Politik durchaus im Geiste der bisherigen Regierung weiterführen. Die in hartem Kampfe errungene Stabilität der Währung dürfe nie wieder auch nur der geringsten Gefährdung ausgesetzt werden. Der Bundeskanzler betonte die Notwendigkeit eines einheitlichen Finanzsystems für Bund und Länder, sowie Einhaltung peinlichster Sparsamkeit. Die Beziehungen Österreichs zum ganzen Ausland, insbesondere die herzlichen Beziehungen zum Deutschen Reich, noch weiterhin zu vertiefen, werde die feste Sorge auch der Regierung bilden.

Abg. Renner (Soz.) erklärte, die Sozialdemokraten sähen in der neuen Regierung keinen Anfang von etwas Neuem. Kamek sei nur ein Pseudonym für Seipel. Im Laufe seiner Ausführungen wendet sich der Redner dann scharf gegen den Heeresminister Raugoin und erklärt, daß sich die Regierung Kamek mit diesem Manne, der den Haß eines jeden wahren Republikaners haben müsse, schwer belastet habe.

Abg. Seipel führte aus, die Christlichsoziale Partei billige die Regierungserklärung und werde die neue Regierung unterstützen. Der Abg. Dinghofer stellte fest: Die Großdeutschen wollten das kleine Österreich als selbständigen Staat so lange er len, bis die Idee nationaler Gerechtigkeit und bis die nationale Freiheit den Sieg errangt haben werden. Keine Macht der Welt werde diesen natürlichen Gang der Entwicklung dauernd verhindern können. Die Samierung müsse möglichst rasch zu einem guten Ende geführt werden, damit die Kontrolle möglichst bald beseitigt und die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes hergestellt werde. Da die Regierung dieses Ziel hat und diesen Weg geht, werden wir sie unterstützen.

Wittermeldungen aus Wien zufolge sind nach der Erhöhung der Preise auf den Bundesbahnen, sowie für die Post und die Telegraphie auch die Preise für die Straßbahnfahrten von 1700 auf 2000 Kronen heraufgesetzt worden.

## Kurze Nachrichten

Dr. Dinter geächtet. In einer Erklärung, die der bayerische Landesverband der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung erließ, heißt es, daß Dr. Dinter und Genossen jeden Anspruch auf immer beruht hätten, in der Freiheitsbewegung als Kämpfer zu gelten.

Die sächsischen Rechtssozialisten. Am Vortag veranstalteten die sächsischen Rechtssozialisten in Dresden eine Kundgebung für die Unterstützung der bisherigen Koalitionspolitik in Sachsen. Die Versammlung, an der u. a. fast sämtliche sozialistischen Minister teilnahmen, schloß nach einem Vortrag des Abg. Köffel und des Wirtschaftsinstitutors Müller eine Entscheidung, in der der jetzigen Regierung und den 23 sozialistischen Abgeordneten, welche die Landtagsauflösung ablehnten, vollkommenes Vertrauen ausgesprochen wurde.

Der Berliner Hochbahnverkehr wurde Donnerstag vormittag beendet. Die Angestellten usw. fanden sich vollständig zur Arbeit ein. Der Betrieb auf allen Strecken ist wieder fahrplanmäßig aufgenommen worden.

Der Rückzug der Spanier in Marokko. Das Pariser „Journal“ meldet aus Madrid: Die Rückzugsoperationen in Melilla werden auf der Linie Sacedana-Letnan fortgesetzt. Nach heißen Kämpfen sind die Truppen des Generals Serrano in vollkommener Ordnung in Keruto eingerückt. Ein heftiger Orkan an der marokkanischen Küste hat in den Lagern bedeutenden Schaden angerichtet.

## Aus der Wahlbewegung Baden

### Der Wahlvorschlagn der Deutschen Volkspartei in Baden

Die Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei in Baden für die kommende Reichstagswahl ist jetzt ebenfalls fertiggestellt. Sie umfaßt folgende Namen:

1. Dr. Curtius, Julius, Rechtsanwalt, Berlin-Dahlem.
2. Bauer, Theodor, Oberregierungsrat, Karlsruhe.
3. Schallbe, Alexander, Landrat, Karlsruhe.
4. Graf, Rechtsanwalt, Freiburg i. Br.
5. Kappeler, Paul, Hotelbesitzer, Baden-Baden.
6. Stöffler, Carl August, städt. Arbeiter, Karlsruhe.
7. Dr. Mattes, Wilhelm, Gutbesitzer und Mitglied der Landwirtschaftskammer, W. d. L., Stodach.
8. Dr. Koch, Fritz, Oberamtsrichter, Heidelberg.
9. Hofheins, August, Hauptlehrer, Freiburg i. Br.
10. Leitz, Berta, Kaufm. Angestellte, Karlsruhe.
11. Wilsler, Jung, Adolf, Kaufmann, W. d. L., Karlsruhe.
12. Graf zu Dohna, Alexander, Professor der Rechte, Heidelberg.
13. Frau Fesch, Emma, Witwe, Kastatt.
14. Oßfischer, Erich, erster Staatsanwalt, Freiburg i. Br.
15. Walthers, Paul, Oberpostsekretär, Mannheim.
16. Pfisterer, Gustav, Fabrikant, Rahr i. B.
17. Brigner, Heinrich, Landwirt und Wagneremeister, Brühl.
18. Wintermantel, Rudolf, Landwirt und Mühlenbesitzer, St. Georgen i. Sch.
19. Steinel, Eugen, Rechtsanwalt und Stadtrat, Pforzheim.
20. Koch, Heinrich, Stadtrat und Bankvorsteher, Heidelberg.
21. Weber, Max, Professor am Gymnasium, Baden-Baden.

### Reich

#### Die sozialdemokratische Reichsliste

Der „Vorwärts“ veröffentlicht den Reichswahlvorschlagn der sozialdemokratischen Partei. Die ersten Stellen sind folgendermaßen besetzt: Hermann Müller, Otto Wels, Crispian und Stifeding.

#### 11 Wahlvorschlagn in Württemberg

Bis zum Donnerstag, dem letzten Tage zur Einreichung der Wahlvorschlagn für die Reichstagswahl, sind im Württemberg-Wahlbezirk 11 Wahlvorschlagn eingegangen, nicht ganz soviel wie das letzte Mal.

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Deutschnationale Volkspartei;
- Bauern- und Winzlerbund;
- Deutsche Volkspartei;
- Zentrumspartei;
- Nationalsozialistische Freiheitspartei;
- Demokratische Partei;
- Kommunistische Partei;
- Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes;
- Freiwirtschaftsbund;
- Gäuerbund.

# Jubiläumsfeier der Lungenheilstätte Friedrichsheim

## Gemeinde Marzell

Am Donnerstag, den 13. November, wurde in den Lungenheilstätten Friedrichsheim und Luisenheim der Landesversicherungsanstalt Baden die Feier des 25jährigen Bestehens der erstgenannten Heilstätte in einfacher aber würdiger Weise begangen.

Um die Kur der Kranken möglichst wenig zu stören, trafen die auswärtigen Teilnehmer an der Feier, nämlich: Landrat Sepp von Mühlheim, Vertreter des badischen Ministers des Innern, die Mitglieder des Gesamtvorstandes, soweit sie abkömmlich waren, und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt, Verwaltungsdirektor und Landtagsabgeordneter Stos von Heideberg erst am Mittags des Festtages in der Heilstätte ein. Als Gäste der Anstalt waren weiter erschienen: Stadtpfarrer Leiber von Kandern und Vikar Heinrich von Marzell, welche die Seelsorge bei den Kranken ausübten, sowie Bürgermeister Drescher von Marzell.

Die Gäste und Vorstandsmitglieder nahmen zusammen mit den Anstaltsärzten und Verwaltungsbeamten das Mittagessen ein, in dessen Verlauf der Vorsitzende des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, Präsident Jung, die Gäste begrüßte und das Festprogramm mitteilte. Landrat Sepp dankte auch namens der übrigen Geladenen für die gute Aufnahme und wünschte dem Fest einen schönen Verlauf. Die Patienten und Patientinnen hatten schon früher ihr Festessen abgehalten, zu dessen Würze jeden der 210 männlichen und 200 weiblichen Patienten ein Viertel Markgräfler Godelwein verabreicht wurde.

Um 5 Uhr fand in dem Festsaal der Heilstätte Friedrichsheim ein Festakt für die Angestellten der beiden Heilstätten statt. Bei diesem Anlaß überreichte Präsident Jung vier Angestellten, Oberaufseher Emil Müller, Bädermeister Jakob Dörfinger, Hausmeister Ernst Kattenbach und Oberpfleger Josef Wisker, welche seit Eröffnung der Heilstätte in dieser tätig sind, mit einer entsprechenden Ansprache im Auftrag des Gesamtvorstandes der Landesversicherungsanstalt ein Ehrengeld und richtete an die anwesenden Ärzte, Beamte, an die Schwestern und an die sonstigen Angestellten Worte des Dankes für ihre bisherige treue Pflichten- und u. Wissen in den Dienst der Kranken zu stellen. Landrat Sepp sprach den Jubilaren die Glückwünsche der bad. Regierung aus und gedachte rühmend des Wirkens der Ärzte, Schwestern und Angestellten im Dienste der Nächstenliebe. Die Reden von Landrat Sepp, Stadtdirektor Hof-Karlbrunn, Vorsitzendenvertreter im Gesamtvorstand, im Namen der Versicherten an. Entsprechende Musikstücke auf Harmonium, Violine und Cello, gespielt von Musikern des Reichswehrbataillons in Donaueschingen eröffneten und beendeten die stimmungsvolle Feier.

Hierauf begab sich der Gesamtvorstand mit den Gästen, Ärzten und Verwaltungsbeamten in den Speisesaal der Heilstätte Luisenheim, wo sich inzwischen die Patientinnen versammelt hatten. Nach einem Musikstück ergriff Präsident Jung zu einer Ansprache das Wort, in der er auf die Geschichte der beiden Heilstätten und auf deren Bedeutung für die Bekämpfung der Lungentuberkulose des näheren einging und hierbei hervorhob, daß die Erlangung eines Heilerfolgs ohne Mühsüße des Patienten, der alle ärztlichen Anordnungen genau befolgen müsse, unmöglich sei. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Patientinnen in diesem schönen Schwarzwald ihre Gesundheit wiederfinden und nach beendeter Kur gesund und froh zu ihren Lieben heimkehren möchten.

Während nun die Patientinnen zusammen mit den Schwestern bei dem schönen Spiel der Reichswehrmusik in fröhlichem Zusammensein den Abend verbrachten, fand die Hauptfeier in dem schon geschmückten Speisesaal der Jubiläumsanstalt Friedrichsheim statt. Hier nahmen die bereits genannten Ehrengäste, der 80jährige Hofrat Keisinger von Marzell, welcher vor 25 Jahren die Herrichtung der Spalierwege und Anlagen für die Heilstätte geleitet hatte, die Vorstandsmitglieder, die Heilstättenärzte und Beamte, die vier Jubilare, sowie ein Vertreter der Arbeiterschaft mitten unter den Patienten Platz. Während des gemeinschaftl. Nachmittags begrüßte Präsident Jung nochmals die Gäste, gedachte ehrend der vier Jubilare und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der heutige Abend den Patienten eine Freude und Abwechslung in ihr sonst etwas einames Dasein bringen möge. Seine Mitteilung, daß zur Erinnerung an diesen Tag künftig wieder an jedem Sonn- und Feiertag die Patienten zum Mittagessen ein Glas Wein erhalten sollen, erweckte unter diesen einen freudigen Widerhall.

Landrat Sepp überbrachte die Segenswünsche der badischen Regierung zu dem heutigen so wichtigen Gedenktag und gab seiner Genugtuung über das harmonische Zusammensein mit den Patienten Ausdruck.

Die eigentliche Festrede hielt der stellvertretende Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt und Referent für das Heilverfahren, Herr Oberregierungsrat Rausch. In seinen klaren, volkstümlich gehaltenen Ausführungen warf er zunächst einen Blick auf die Vergangenheit und auf das Entstehen der Heilstätte, um dann zu den jetzigen Leistungen der Landesversicherungsanstalt auf dem Gebiete des Heilverfahrens des näheren einzugehen; er legte den Patienten dar, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt alles, was in seiner Kraft liegt, tue, um ihnen ihre Gesundheit wieder zu verschaffen. Seit der Neuaufnahme des Heilverfahrens im Juni dieses Jahres seien nicht weniger wie rund 1800 Lungenerkrankte bewilligt und zum größten Teil bereits durchgeföhrt worden oder noch in der Durchführung, während 270 Kranke noch auf Einberufung warteten. In der Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie der Landesversicherungsanstalt befänden sich — abgesehen von weiblichen Versicherten — überwiegend lungenkranke Frauen und Kinder von Versicherten, deren Aufnahme in die Heilstätten Friedrichsheim und Luisenheim wegen deren starken Belastung mit Versicherten nicht mehr erfolgen könne. Auch die Heilstätte Dirschbald der Landesversicherungsanstalt, welche sich immer mehr zu einer ausgeprägten Heilanstalt für alle Formen der Tuberkulose mit Ausnahme der Lungentuberkulose entwickle, sei ständig mit versicherten Männern und Frauen voll belegt. In fremde Länder seien seit Mai d. J. rund 500 kranke Versicherte entsandt worden; rund 150 befänden sich in solchen in Kur und etwa 100 würden demnächst einberufen. Mit der Bewilligung von unabhängigen Heilverfahren, namentlich von Gebirgsheilstätten, solle am 1. Januar nächsten Jahres wieder begonnen werden. Wegen der großen Bedeutung gesunder Wohnungen für die Tuberkulosebekämpfung habe der Vorstand trotz gewisser Widerstände seitens der zuständigen Stellen in Berlin auch schon eine größere Anzahl von Baudarlehen im Gesamtbetrag von rund 400 000 Mark zwecks Erstellung von Arbeiterwohnhäusern neu hingegeben und auf diese Art erreicht, daß im laufenden Jahre etwa 250 neue Arbeiterwohnungen fertiggestellt werden konnten.

Die Versammlung folgte den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und dankte ihm mit lautem Beifall.

Im Laufe des Abends ergriff auch ein Patient das Wort, um neben dem Dank an den Vorstand für die Feier auch eine Reihe von Wünschen der Patienten vorzutragen, die tünlichst Berücksichtigung finden sollen.

Gesang- und Musikvortrüge von drei Patienten, welche ihr Bestes gaben und über eine gute musikalische Schulung verfügten, trugen viel zur Verschönerung der Feier bei.

In Berücksichtigung des Umstandes, daß die Festteilnehmer sich überwiegend aus Kranken zusammensetzten, die ausschließlich ihrer Gesundheit leben sollen, schloß Präsident Jung gegen 11 Uhr abends mit Worten herzlichsten Dankes an die Mitwirkenden die — alles in allem genommen — schöne und ohne Mißklang verlaufene Feier.

Im Anschluß hieran hielten noch die Angestellten der Heilstätten einen Unterhaltungsabend für sich ab.

Nachdem das Fest vorüber ist, gilt es wieder, den Kampf gegen die gefährlichste Volkskrankheit in Deutschland: die Lungentuberkulose, mit aller Energie aufzunehmen.

## Badischer Teil

### Der Freiburger Kommunistenprozeß

#### 7. Verhandlungstag

W.D. Freiburg, 20. Nov. In der fortgesetzten Verhandlung gab der jugendliche Angeklagte Hilfsarbeiter Stoll aus Lörrach, ein Schwager des Angeklagten Schmeier, an, auf Drängen der Frau Schmeier nach Zell entgangene zu sein, will aber nichts davon gewußt haben, daß es sich um einen Transport von Schwarzpulver handelte. Den „Kleiser“ habe man dann mit in die Wohnung genommen und bemühte sich nun am nächsten Morgen, 24. Oktober, zu erkundigen, wohin das Pulver usw. endgültig geschafft werden sollte. Das Pulver wurde jedoch in einer Kiste im Keller eines Bauhofes einer Lörracher Firma vergraben, nachdem es von dem flüchtigen Gatt dort hin gebracht worden war. Die Kiste enthielt über 70 Pfund des gefährlichen Pyrophors.

Der Gerichtshof befaßte sich nunmehr mit der Aufklärung der Frage, wo der größere noch im Felsenkeller in Zell i. B. zurückgebliebene Teil des Sprengstoffes hingekommen war. — Hierzu wird der Angeklagte Wihl Sutter, Weber aus Zell, vernommen. Dieser will von dem Einbruchdiebstahl in das Pulverhaus Keller nichts gewußt haben. Er sei auf das Gerücht, Sutter-Reute seien in der Nähe von Zell, spät abends nach einer Musikprobe noch auf die Straße gegangen und dabei zufällig in der Nähe der Wohnung des Mitangeklagten Jäh gekommen, der ihn aufgefordert habe, zu Grether in den Felsenkeller zu gehen. Grether forderte ihn auf, beim Felsenkeller Wache zu stehen. Später habe er von Grether den Auftrag bekommen, das im Felsenkeller lagernde Pulver aus der Kiste in Büchsen umzufüllen. Diese Angaben bestätigten, daß außer Grether und ihm auch noch der Angeklagte Jäh und Fritz Eiche sich im Felsenkeller eingefunden hatten. Der Angeklagte Sutter leugnet frühere Angaben hierzu, während der Angeklagte Jäh auf wiederholtes Befragen des Vorsitzenden betonte, er bleibe bei seiner Aussage, insbesondere, daß Sutter den Auftrag erhielt, das Pulver umzufüllen usw.

Der Angeklagte Fritz Eiche aus Zell im Birsental, der jetzt erstmals zur Vernehmung hinzugezogen war, will nur durch Zufall mit Jäh beim Felsenkeller angekommen sein. Er habe auch nicht gewußt, daß dort gestohlene Sprengstoffe lagen. In der Voruntersuchung haben also Jäh, Sutter und Eiche ziemlich übereinstimmende Angaben gemacht, während sie sich jetzt widersprechen.

Es folgt nun die Vernehmung der Zeugen, die zu dem gestern und heute verhandelten Vorfall gehört werden sollen, darunter die des Kaufmanns Kiefer aus Zell, bei dem Rattonen usw. gestohlen wurden. Der Zeuge gab an, Vorstandsmittglied des Militärvereins zu sein, von dem er u. a. Patronen in Verwahrung hatte, die dem Verein zu Ehrensaluten bei Begräbnissen usw. zur Verfügung gestellt worden seien. Die Bestände, größtenteils Flakpatronen, aber auch etwa 15 scharfe Patronen und einige Streifen Revolverpatronen sind damals durch den Einbruch bei Kiefer gestohlen worden.

Der Angeklagte Schöffel und die Verteidigung geben an, daß es sich bei Kiefer um ein falsches Waffengeschäft gehandelt habe, zumal der Zeuge früher der Deutschnationalen Volkspartei und später der Reichsbörsenpartei angehört hatte. Einige Gewehre sollen am 14. September der Genbarmerie gegeben worden sein. Kiefer bestätigt das letztere. Die Gewehre seien gefunden und an ihn abgeliefert worden.

Die Vernehmung einiger weiterer Zeugen ergibt nichts wesentlich Neues. Kurz nach 1 Uhr wurde die Verhandlung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

#### 8. Verhandlungstag

W.D. Freiburg, 21. Nov. Zu der heutigen Sitzung ist eine Reihe bisher nicht vernommener Zeugen geladen. — Der Gerichtshof stellt zunächst die Angelegenheit der Handgranatenanfertigung in den Mittelpunkt seiner Verhandlung. — Der Angeklagte Bachmann hatte bekanntlich bereits zugegeben, von Müllele zur Handgranatenanfertigung gegen Frankensbehandlung aufgefordert zu sein. Heute will er sich nicht mehr daran erinnern können, ob Müllele die Handgranatenanfertigung tatsächlich gebilligt habe. — Der Angeklagte Karl Garter, Fabrikarbeiter aus Zell, teilte, schilberte auch seine Beteiligung an der Handgranatenherstellung. Er will darin nur eine Spielerei gesehen haben. Da er dann hörte, daß Bachmann und Blagowist dafür Bezahlung bekommen hätten, habe er aus Not, da er arbeitslos war, sich weiter mit der Handgranatenanfertigung befaßt. Kohlbrenner und Garter geben im weiteren Verlauf der Vernehmung zu, bei Fritz an einem Abend eine Anzahl Handgranaten angefertigt zu haben. Im übrigen gingen die Aussagen darüber auseinander, ob Müllele zur Anfertigung der Handgranaten aufgefordert habe oder nicht.

Dann wurde ein weiterer Sprengstoffdiebstahl in Lodinau verhandelt. Gemeinsam mit drei Arbeitern, die wegen dieses Diebstahls abgeurteilt wurden und zwar in Waldshut zu zwei Jahren Zuchthaus, ein Jahr zwei Monaten Zuchthaus bzw. neun Monaten Gefängnis, wurde von dem flüchtigen Grether dem Angeklagten Bachmann unweit des Dorfes Fahl der Bergwerkshollen erbrochen. Die Einbrecher fanden dort 25 Kisten mit Sprengstoffen und etwa 8—1000 Sprengkapseln. Zwei Kisten wurden gefüllt, während man die anderen Sprengstoffe zurückließ, die später von einem Stuttgarter Auto abgeholt werden sollten, was auch teilweise geschehen ist. Grether hatte die Sprengstoffe im Garten des Angeklagten Fritz vergraben, wo sie auch später gefunden wurden. Diese Tatsachen wurden im wesentlichen zugegeben, desgleichen, daß ein Teil der im Felsenkeller bei Zell zurückgebliebenen Sprengstoffe an verschiedenen Stellen im Walde und auf dem Grundstück des Angeklagten Fritz vergraben worden sind.

### Die neue badische Fünfundzwanzigmarknote

In den nächsten Tagen wird auf Grund des Privatnotenbankgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt Teil II) eine neue badische Banknote zu 50 Reichsmark, in den Verkehr gegeben. Die Note hat eine Größe von 85 x 170 Millimeter und ist auf weißem mit Riffelung versehenen Papier gedruckt. Der auf der Vorderseite rotfarbige mit bunten Fasern belegte Schaurand zeigt in der Durchsicht ein bandförmiges Eisenlaub-Wasserzeichen. Das Druckbild wird rechts von dem in rautenförmige Umrahmung gefaßten Kopfbildnis des alemannischen Dichters Johann Peter Hebel begrenzt. Das linke größere Feld zeigt einen in den Farben olivgrün-rotbraun-graublauer spielenden Kreisgrund mit unregelmäßigem Außenrand und der sechs maligen kleinen Beschriftung „Badenbank“ zwischen den Ornamenten. In tieferblauer Farbe und in deutscher von geraden Linien eingefasster Schrift ist die Beschriftung der Note gehalten.

In der gleichen Farbe steht außerhalb der Randlinien des Schriftblocks oben und unten je zweimal und seitlich größer einmal die rautenförmig umgrenzte Wertzahl „50“ sowie in dem kleineren Feld zwischen Schriftblock und Hebelkopf oben und unten je das Wort „Reichsmark“. Oben links und unten rechts ist die Nummer in rotbrauner Farbe aufgedruckt.

Die Rückseite zeigt links einen etwa 45 Millimeter breiten unbedruckten Rand. Das in den Farben grau- und rotviolett, olivgrün und tiefblau gehaltene Druckbild besteht aus dem mit der Bezeichnung „Badische Bank“ in Kreisform gefaßten Badischen Greifenwappen, das von freis- und ovalförmigen, von Pierstücken und Bändern unterbrochenen Gitterlinien umrahmt wird. Links des Wappens steht zunächst die Wertbezeichnung „50 Reichsmark“, daneben in leicht gebogenem Band in lateinischer Schrift der Straßname. Zwei schräg nach oben und unten verlaufende Bandstücke tragen die Bezeichnung „Badenbank“ in großer lateinischer Schrift, die Bandstücke der oberen und unteren Ecke rechts des Wappens die Wertziffer „50“.

Die Note wurde unter Verwendung der neuesten notentechnischen Erfahrungen von dem Maler und Graphiker Otho Hans Beier entworfen.

### Kommunale Rundschau

Das Freiburger Stadttheater. Der Stadtrat Freiburg i. B. hat jetzt im Bürgerausschuß den Voranschlag für das Freiburger Stadttheater für die Spielzeit 1925/26 eingebracht, der eine Ausgabe von 1 100 000 Mark und eine Einnahme von 685 000 Mark vorsieht, so daß ein Zuschuß aus der Stadtkasse von 465 000 Mark erforderlich ist. Allerdings sind in den Ausgaben diesmal einzelne Posten entfallen, die früher nicht in den Etat des Stadttheaters eingeseht wurden aber doch mit diesem zusammenhängen. Der Stadtrat hat sich eingehend mit der Frage befaßt, ob der Zuschuß verantwortet werden kann. Die Prüfung ergab, daß die für das Theater aufgewandten Mittel unmittelbar wesentlich zur Befruchtung des Wirtschaftslebens beitragen, daß eine Stadt wie Freiburg, deren Zukunft großenteils auf der Aufrechterhaltung und Steigerung ihres kulturellen Niveaus, auf Erhaltung ihrer Bedeutung als Mittelpunkt eines größeren Umkreises und auf Steigerung und Erhebung ihres Verkehrs beruht, schon aus wirtschaftlichen Gründen auf das Theater nicht verzichten kann, daß schließlich durch Einstellung des Theaterbetriebes wirkliche volkswirtschaftliche Ersparnisse nicht eintreten würden. Da Freiburg als Rentierstadt unter der Verarmung wesentlich zu leiden hat, wurden die Eintrittspreise entsprechend festgesetzt, sie bleiben gegenüber den in anderen Städten erhobenen Preisen immer noch sehr niedrig. Wie aus der Vorlage zu ersehen ist, haben der Monat Oktober und die erste Novemberwoche des laufenden Spieljahres eine erhebliche Steigerung des Besuches des Theaters gebracht.

Das Singener Zentral-Gaswerk. Der Bürgerausschuß Singen genehmigte den Abschluß eines Vertrages mit der A. G. für Gas, Wasser und Elektrizitätsanlagen in Berlin. Auf Grund des Vertrages ist die Gesellschaft verpflichtet, auf eigene Rechnung ein Gaswerk in Singen zu errichten. Die Vertragsdauer beläuft sich auf 30 Jahre. Die Bedingungen des Vertrages sind für die Stadt Singen sehr günstig. Mit der Errichtung eines Gaswerks ist die wesentliche Voraussetzung für die weitere industrielle Entwicklung der Stadt Singen gegeben. Das Gaswerk wird als Zentralwerk für Oberbaden gebaut. Auch die Stadt Konstanz hat sich ernstlich bemüht, das Gaswerk zu erhalten, doch gab die Gesellschaft der Stadt Singen wegen ihrer zentralen Lage den Vorzug.

In der Konstanzer Bürgerausschussung gelangte ein Antrag des Stadtrats gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Annahme, wonach die Erhebung der Fremdensteuer bis zum 31. März 1925 in Wegfall kommen soll. — Ein Antrag des Stadtrats, der den Ankauf der Elfsah-Lothringer Häuser um den Kaufpreis von 12 000 Mark empfiehlt, wurde einstimmig angenommen. — Ein weiterer städtischer Antrag beschäftigt sich mit der Vergrößerung der Übergangsstation Ergatzhausen, wozu 90 000 Mark angefordert werden. Nach längerer Aussprache wurde auch diesem Antrag mit Mehrheit zugestimmt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

\* Nr. 59 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Änderung des Befoldungs-gesetzes. Verordnungen: des Staatsministeriums: zum Vollzug der vierten Durchführungsverordnung zur Goldbilanzverordnung; des Finanzministeriums: Vollzug des Befoldungs-gesetzes; des Ministers des Innern: Maßregeln gegen die Minderpest.

Quentin-Rahlau's grauer Taschenfahrplan für den Winterdienst 1924/1925 ist erschienen und bringt in handlichem Taschenformat geschickt und praktisch zusammengestellt die Eisenbahnverbindungen, Kraftposten usw. von Hessen-Nassau, Hessen, Pfalz, Baden, Württemberg, Rheinprovinz und Saargebiet zu dem billigen Preis von M. 0.80, erhältlich im Buch- und Straßenhandel und bei Quentin-Rahlau's Taschenfahrplanverlag Frankfurt a. M.-Süd.

W.D. Friedrichshafen, 20. Nov. Nach Zeitungsmeldungen werden sich Vertreter des Reichsverkehrsministeriums nach Bremerhaven begeben, um den am 23. November mit dem „Columbus“ aus Amerika zurückkehrenden Dr. Götener zu begrüßen und den Dank der Reichsregierung auszusprechen. Wie wir hören, wird auch der Generaldirektor des Juppelintongerns Dr. Golsmann in einem Dornierflugzeug nach Bremerhaven fliegen, um dort den heimkehrenden Dr. Götener den ersten Willkommgruß des Konzerns und den Dank für die mit der Ozeanfahrt vollbrachte große Leistung zu überbringen. Dr. Golsmann hat bekanntlich als einer der ersten Vertrauten und hervorragenden Mitarbeiter des Grafen Juppel den großen Konzern aufgebaut und seinen hervorragenden organisatorischen und kaufmännischen Fähigkeiten, namentlich aber auch seinen vielfachen und erfolgreichen Beziehungen hat der Juppelintongern seinen Aufstieg in erster Linie zu verdanken.

